

22. Juni 2023 Index: AMR 53/6910/2023

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/6910/2023/es/>

## VENEZUELA: ANSTIEG DER WILLKÜRLICHEN INHAFTIERUNGEN ZUM ZWECK DER UNTERDRÜCKUNG

**In den letzten Tagen wurden Menschen, die an sozialen Protesten beteiligt waren, Indigene und andere Personen Opfer von Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürlichen Verhaftungen, um diejenigen zum Schweigen zu bringen und zu unterdrücken, die als Gegner der Regierung von Nicolás Maduro wahrgenommen werden. Der Einsatz dieser repressiven Maßnahmen sollte bei der internationalen Gemeinschaft die Alarmglocken schrillen und die Verantwortlichen besser kontrollieren und zur Rechenschaft ziehen lassen.**

### VERSTÄRKTE PRAXIS WILLKÜRLICHER VERHAFTUNGEN

Organisationen der venezolanischen Zivilgesellschaft schätzen, dass in Venezuela derzeit etwa 300 Personen aus politischen Gründen inhaftiert sind.<sup>1</sup>

Diese Organisationen verzeichnen Tausende von Fällen, in denen Menschen vorübergehend inhaftiert waren, gegen die aber nun freiheitsbeschränkende Maßnahmen verhängt wurden, ohne dass sie sich tatsächlich im Gewahrsam der Behörden befinden.

Das heißt, sie dürfen das Land nicht verlassen oder müssen sich regelmäßig bei Gericht melden. Nach Angaben von Foro Penal gab es in Venezuela mehr als 15.700 politisch motivierte willkürliche Inhaftierungen seit 2014.<sup>2</sup> Willkürliche politisch motivierte Verhaftungen in Venezuela dienen auch dem Zweck, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die die Unregelmäßigkeiten, Ungerechtigkeiten und Korruption durch die Regierung von Nicolás Maduro anprangern.

Diese Taktik zielt darauf ab, diejenigen verstummen zu lassen, die ihre Stimme erheben, um auf die Missstände und die Willkür der Regierung hinzuweisen.

Solche Verhaftungen wurden dokumentiert bei Familienmitgliedern und Opfern von Menschenrechtsverletzungen, bei Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger\*innen – wie dem Direktor von FundaRedes, **Javier Tarazona** –<sup>3</sup> oder gegen beliebige Personen, die das Vorgehen der Regierung anprangern.

Nationale und internationale Organisationen der Zivilgesellschaft sowie internationale Einrichtungen zum Schutz der Menschenrechte haben politisch motivierte willkürliche Verhaftungen als Teil einer repressiven Politik dokumentiert und angeprangert. Solche Verhaftungen und andere Straftaten nach internationalem Recht waren Teil eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung und sollten als mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersucht werden.<sup>4</sup>

Die gleichen Organisationen haben auch die Anwendung von Folter im Zusammenhang mit diesen politisch motivierten willkürlichen Verhaftungen dokumentiert und angeprangert. Dies ist der Fall bei **Emirlendris Benítez**, einer Frau, die seit August 2018 willkürlich ihrer Freiheit beraubt und mutmaßlich gefoltert wurde, was bei ihr auch zu schwerwiegenden gesundheitlichen Folgeschäden geführt hat.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Foro Penal. Informe de represión: marzo 2023. 12 de abril de 2023. [foropenal.com/reporte-sobre-la-represion-en-venezuela-marzo-2023/](https://foropenal.com/reporte-sobre-la-represion-en-venezuela-marzo-2023/) y Justicia, Encuentro y Perdón. JEPVZLA publica informe sobre balance de presos políticos en Venezuela. 12 de mayo de 2023. [www.jepvzla.com/2023/05/14/jepvzla-publica-informe-sobre-el-balance-de-presos-politicos-en-venezuela/](https://www.jepvzla.com/2023/05/14/jepvzla-publica-informe-sobre-el-balance-de-presos-politicos-en-venezuela/)

<sup>2</sup> Foro Penal. Informe de represión: marzo 2023. 12 de abril de 2023. [foropenal.com/reporte-sobre-la-represion-en-venezuela-marzo-2023/](https://foropenal.com/reporte-sobre-la-represion-en-venezuela-marzo-2023/)

<sup>3</sup> Amnistía Internacional. Venezuela: Más información: Liberen a preso de conciencia venezolano. 20 de diciembre de 2021. [www.amnesty.org/es/documents/amr53/5121/2021/es/](https://www.amnesty.org/es/documents/amr53/5121/2021/es/)

<sup>4</sup> Misión Internacional e Independiente de Determinación de los Hechos de la ONU. A/HRC/45/CRP.11. Conclusiones detalladas de la Misión internacional independiente de determinación de los hechos sobre la República Bolivariana de Venezuela. 15 de septiembre de 2020. Párr. 2084.

<sup>5</sup> Amnistía Internacional. Venezuela: Una mujer detenida necesita atención médica vital: Emirlendris Benítez. AMR 53/6668/2023. 11 de abril de 2023. [www.amnesty.org/es/documents/amr53/6668/2023/es/](https://www.amnesty.org/es/documents/amr53/6668/2023/es/)

## UNTERDRÜCKUNG DES SOZIALEN PROTESTS

Im Rahmen dieser Praxis greifen die venezolanischen Behörden häufig auf willkürliche Verhaftungen zurück, um soziale Proteste zu zerschlagen oder auszuschalten. Diese Verhaftungen können im Rahmen der Proteste oder gegen diejenigen erfolgen, die zu ihnen aufrufen und sie organisieren.

Gegenwärtig sind die meisten Proteste (88 % nach Angaben der venezolanischen Beobachtungsstelle für soziale Konflikte – *Observatorio Venezolano de Conflictividad Social*) solche, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einfordern.

Dazu gehören unter anderem ein würdiger Lebensstandard und Gehälter für Staatsbedienstete, Wohnraum, Grundversorgungsleistungen wie Strom und Zugang zu Trinkwasser sowie Renten für ältere Menschen.<sup>6</sup>

In den letzten Jahren hat die Zahl der willkürlichen Verhaftungen von Personen, die Berufsverbänden oder Gewerkschaften angehören, deutlich zugenommen.

Ein Beispiel dafür war die Verhaftung von **Rubén González**, einem Gewerkschafter der Ferrominera del Orinoco<sup>7</sup> und auch des ehemaligen Gewerkschaftsführers von Petróleos de Venezuela (PDVSA), **Guillermo Zárraga**, der seit 2020 willkürlich inhaftiert ist, dem "Terrorismus" vorgeworfen wird und der sich in einem alarmierenden Gesundheitszustand befindet.<sup>8</sup>

## ANGRIFFE AUF GEWERKSCHAFTER\*INNEN VON SIDOR

Am 11. Juni 2023 protestierten die Beschäftigten des öffentlichen Unternehmens "Siderurgica del Orinoco" (SIDOR) für die Einhaltung und Verbesserung des geltenden Tarifvertrags zwischen den Arbeitnehmer\*innen und dem Unternehmen. Als sie sich von der friedlichen Demonstration innerhalb des Stahlwerks zurückzogen, haben Beamte der Generaldirektion für militärische Spionageabwehr (DGCIM) **Leandro Azócar**, **Juan Cabrera** und **Daniel Romero**, Mitglieder der Gewerkschaft Sindicato Único de Trabajadores de la Industria Siderúrgica y sus Similares (SUTISS), festgehalten.

Während Juan Cabrera Stunden nach seiner Festnahme wieder freigelassen wurde, war der Verbleib von Azócar und Romero nach Angaben lokaler Organisationen, die Amnesty International informierten, acht Tage lang unbekannt. Dies könnte ein gewaltsames Verschwindenlassen darstellen.

Amnesty International wurde erst am 20. Juni 2023 vom Büro des Ombudsmannes darüber informiert, dass sie in die Hauptstadt Caracas überführt worden waren und im Hauptquartier der Generaldirektion der militärischen Spionageabwehr (DGCIM) in Boleíta festgehalten wurden, also mehr als 600 km vom Ort der Inhaftierung entfernt.

Internationale Gremien wie die Internationale Unabhängige Untersuchungsmission der Vereinten Nationen für Venezuela (MIIDH) haben die Verbrechen nach dem Völkerrecht und die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die in diesem Haftzentrum begangen wurden, und auch die Foltermethoden, denen die in das Haftzentrum überstellten Personen ausgesetzt waren, umfassend angeprangert.

Bislang sind die offiziellen Anklagepunkte gegen Azócar und Romero nicht bekannt, da ihren Anwälten der Zugang zu den Verhafteten verweigert wurde. Es liegen Berichte vor, dass sie vor ein Gericht mit Sonderzuständigkeit für "Terrorismus" gebracht wurden, das ihnen unter anderem kriminelle Vereinigung und Aufstachelung zum Hass vorwerfen würde.

Abgesehen von der Schwere der Inhaftierung und des Strafverfahrens, das Azócar und Romero droht, wurde auch berichtet, dass ein Arbeitsgericht im Bundesstaat Bolívar, wo sich der Hauptsitz von SIDOR befindet, willkürlich das Recht auf Streik, friedliche Demonstration und freie Meinungsäußerung von 22 Beschäftigten dieses Unternehmens eingeschränkt hat.

Nachdem das Unternehmen Corporación Venezolana de Guayana Rechtsschutz gegen die Beschäftigten beantragt hatte, ordnete das Gericht an, "alle Gewalttätigkeiten und Drohungen zu unterlassen, die darauf abzielen, die

---

<sup>6</sup> Observatorio venezolano de conflictividad social. Conflictividad durante el primer trimestre de 2023.

[www.observatoriodeconflictos.org.ve/tendencias-de-la-conflictividad/conflictividad-durante-el-primer-trimestre-de-2023](http://www.observatoriodeconflictos.org.ve/tendencias-de-la-conflictividad/conflictividad-durante-el-primer-trimestre-de-2023)

<sup>7</sup> Amnistía Internacional. Venezuela: La vida de un preso de conciencia, en grave peligro. AMR 53/1713/2020. 27 de enero de 2020.

[www.amnesty.org/es/documents/amr53/1713/2020/es/](http://www.amnesty.org/es/documents/amr53/1713/2020/es/)

<sup>8</sup> Amnistía Internacional. Venezuela: Un hombre recluido arbitrariamente, en peligro de muerte por falta de atención. AMR 53/6845/2023. 31 de mayo de 2023. [www.amnesty.org/es/documents/amr53/6845/2023/es/](http://www.amnesty.org/es/documents/amr53/6845/2023/es/)

Arbeit von SIDOR zu stören, auszusetzen, zu behindern, zu unterbrechen oder einzustellen". Ebenso ist es verboten, "Konfliktsituationen zu fördern" und "Konfliktsituationen zu schaffen", wie das Anbringen von "Plakaten, Spruchbändern, Graffiti oder jeglicher Art von Informationsmaterial über jegliche Kommunikationsmittel und/oder Kommunikationsnetze, die zum Hass aufstacheln könnten".<sup>9</sup>

Diese unrechtmäßigen und willkürlichen Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung, des Demonstrationsrechts, des Streikrechts und des Rechts auf persönliche Freiheit zeigen, dass die repressive Politik, die darauf abzielt, jegliche Kritik an der Regierung von Nicolás Maduro zum Schweigen zu bringen, nach wie vor andauert. Auch der Einsatz gerichtlicher Mittel zur Durchsetzung dieser repressiven Maßnahmen scheint die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz und damit die dringende Notwendigkeit aufzuzeigen, dass die Rechenschaftspflicht in Venezuela durch internationale Justizmechanismen wie den Internationalen Strafgerichtshof oder die universelle Gerichtsbarkeit von Drittstaaten wahrgenommen wird.

## **REPRESSION ALS MITTEL DER SOZIALEN KONTROLLE**

Der Einsatz von willkürlichen Verhaftungen als Taktik hat auch die Funktion, ganze Gemeinschaften einzuschüchtern, um ihre Forderungen zum Schweigen zu bringen und eine soziale Ordnung aufrechtzuerhalten, in der die Behörden ungestraft handeln können.

Dieses repressive Verhaltensmuster wurde insbesondere bei indigenen Völkern beobachtet, die aufgrund ihrer Lebensweise, ihrer Organisationsform oder der Ausübung ihrer Selbstbestimmung als Hindernis für legitime oder illegitime Maßnahmen der staatlichen Behörden angesehen werden. Ein Beispiel hierfür war das Kumarakapay-Massaker im Bundesstaat Bolívar im Jahr 2019, bei dem sieben Menschen von mutmaßlichen Armeeangehörigen getötet und mehr als 50 Personen inhaftiert wurden, sowie die Zwangsumsiedlung von Dutzenden von Menschen nach Boa Vista in Brasilien.<sup>10</sup>

## **INHAFTIERUNG UND ANGRIFFE AUF YUKPA-PERSONEN IM STAAT ZULIA**

Am 16. Juni 2023 griff die Bolivarische Nationalgarde (GNB) in Perijá im Bundesstaat Zulia an der Grenze zu Kolumbien Berichten zufolge mindestens sieben Yukpa-Leute an, die von Beruf Händler sind, die protestierten und die Regierung von Nicolás Maduro aufforderten, zuvor eingegangene Verpflichtungen in Bezug auf den Zugang zu Rechten für das Yukpa-Volk einzuhalten, und für die sie versuchten, in die Hauptstadt Caracas zu reisen. Es gab auch Zugang zu Videoaufnahmen von Menschen, die angeblich im Verlauf dieser Intervention verletzt wurden, deren Ursachen noch unbekannt sind; außerdem wurde in den Medien berichtet, dass Militärbeamte angeblich von diesen Menschen hergestellte Kunsthandwerke zerstört haben, die in Caracas verkauft werden sollten. Amnesty International erhielt Informationen über drei der Personen: **Zenaida Romero**, **Alfonso Romero** und **Francisco (Francisquito) Romero**, die Berichten zufolge von den Behörden festgenommen und angeklagt wurden, deren Verbleib jedoch unbekannt ist, was ein gewaltsames Verschwindenlassen darstellen könnte.<sup>11</sup>

Diese Tatsachen müssen von den venezolanischen Behörden untersucht und geklärt werden, und wenn sich die Verletzungen des Rechts auf Freiheit, körperliche Unversehrtheit und ein ordnungsgemäßes Verfahren bestätigen, müssen sie unverzüglich wiederhergestellt und wiedergutmacht werden, wobei die Maßnahmen des Staates dem indigenen Charakter der betroffenen Personen angepasst werden müssen.

## **SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN**

In den letzten Monaten und nach den Versuchen einiger Staaten, die diplomatischen Beziehungen in der Region mit der Regierung von Nicolás Maduro zu normalisieren, betont Amnesty International, dass die Mechanismen und Methoden, die zur Unterdrückung von Menschen eingesetzt werden, die eine andere Meinung als die Behörden vertreten oder sich gegen Missbräuche durch die Behörden wehren, fortbestehen.

In diesem Zusammenhang weist die Organisation die internationale Gemeinschaft auf die dringende

<sup>9</sup> Espacio Público. Tribunal de Primera Instancia criminaliza la protesta de 22 trabajadores de Sidor. 14 de junio de 2023. [espaciopublico.org/tribunal-criminaliza-la-protesta-de-22-trabajadores-de-sidor/](https://espaciopublico.org/tribunal-criminaliza-la-protesta-de-22-trabajadores-de-sidor/)

<sup>10</sup> Provea. A un año de los sucesos de Kumarakapay | Ocho indígenas han sido asesinados por policías y militares en protestas realizadas entre 2017 y 2019. 23 de febrero de 2020. [provea.org/actualidad/ocho-indigenas-han-sido-asesinados-por-policias-y-militares-en-protestas-realizadas-entre-2017-y-2019/](https://provea.org/actualidad/ocho-indigenas-han-sido-asesinados-por-policias-y-militares-en-protestas-realizadas-entre-2017-y-2019/)

<sup>11</sup> El Nacional. Denuncian desaparición de tres líderes yukpas detenidos por la PNB en Maracaibo. 21 de junio de 2023. [www.elnacional.com/venezuela/denuncian-desaparicion-de-tres-lideres-yukpas-detenidos-por-la-pnb-en-maracaibo/?](https://www.elnacional.com/venezuela/denuncian-desaparicion-de-tres-lideres-yukpas-detenidos-por-la-pnb-en-maracaibo/?utm_source=Twitter&utm_medium=Social&utm_campaign=social)

[utm\\_source=Twitter&utm\\_medium=Social&utm\\_campaign=social](https://www.elnacional.com/venezuela/denuncian-desaparicion-de-tres-lideres-yukpas-detenidos-por-la-pnb-en-maracaibo/?utm_source=Twitter&utm_medium=Social&utm_campaign=social)

Notwendigkeit unparteiischer und unabhängiger Mechanismen zur Rechenschaftspflicht hin, die der Straflosigkeit für diese und andere schwere Menschenrechtsverletzungen in Venezuela ein Ende setzen, da dies der einzige Mechanismus ist, um eine Wiederholung dieser Ereignisse zu verhindern.

**Wir empfehlen daher der internationalen Gemeinschaft:**

- Unterstützen Sie die Tätigkeit der vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingerichteten internationalen und unabhängigen Untersuchungskommission zu Venezuela (MIIDH).
- Fordern Sie die Regierung von Nicolás Maduro auf, der Untersuchungskommission die Einreise zu gestatten, damit sie das vom Menschenrechtsrat erteilte Mandat ausführen kann und eine Einladung ausgesprochen wird und/oder Anträge auf Besuche von Sonderberichterstattern und Vertragsorganen der Vereinten Nationen in das Land angenommen werden.
- Fordern Sie die Regierung von Nicolás Maduro auf, die willkürlichen Verhaftungen zur Unterdrückung der Bevölkerung unverzüglich einzustellen und alle Personen freizulassen, die aus politischen Gründen in Venezuela inhaftiert sind, darunter **Emirlendris Benítez, Guillermo Zárraga, Javier Tarazona, Leandro Azócar, Daniel Romero, Zenaida Romero, Alfonso Romero und Francisco (Francisquito) Romero.**

Aktivieren Sie die Mechanismen der universellen Gerichtsbarkeit, um gegen diejenigen zu ermitteln und sie gegebenenfalls vor Gericht zu stellen, die der strafrechtlichen Verantwortung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verdächtigt werden.

**An die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs:**

- Nehmen Sie die als Venezuela I bekannte Untersuchung unverzüglich wieder auf und behandeln Sie die in dieser Erklärung beschriebenen Fakten als Teil der Untersuchung.